

Lothar Binding (Heidelberg) (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Eigentlich müssten wir heute Abend gar nicht reden, weil das Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA vollständig ausgehandelt ist und wir heute keine Möglichkeit haben, etwas zu ändern. Und doch wollen wir reden und seit ich heute in die „Frankfurter Rundschau“ geschaut habe,

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Mein Gott, was der alles liest!)

denke ich auch, dass es notwendig ist, zu reden; denn mich hat etwas ziemlich geärgert. Es funktioniert nach folgendem Prinzip. Denken Sie an ein Kochrezept. Ich gebe Ihnen jetzt einige Elemente: Steuerprivileg, Schlupflöcher, USA, Vereinigte Arabische Emirate, Bundesregierung, Steueroase und Steinbrück. Der darf nicht fehlen. Dann kommt etwa Folgendes heraus: Steinbrück hat eine Aktiengesellschaft in Dubai mit einer Tochter in 1) Anlage 3 den USA und einem Enkelunternehmen in Deutschland

Lothar Binding (Heidelberg)

und nutzt ein Steuerprivileg, um 25 Millionen der Bundesregierung von der Lufthansa steuerfrei in Steueroasen der Vereinigten Arabischen Emirate bringen zu lassen. Ungefähr so lautet die Botschaft, mit der wir es heute zu tun hatten.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So ist es!)

Der Kollege Schick meint dazu – das ist jetzt die Quintessenz –: Es könnte aber auch ein bisschen mehr sein.

Dazu sage ich: Das ist nicht schick.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich will in diesem Zusammenhang noch eine Ableitung darstellen. Diese Botschaft enthält etwas, wie ich finde, sehr Falsches: Man kümmerte sich bei uns nicht um Steuerschlupflöcher; vielmehr – umgekehrt – eröffnete man den Unternehmen einen Weg, ihre Gewinne in Steueroasen zu transferieren. Das halte ich für grundfalsch. Ich will selbst einige Beispiele nennen, die der Kollege Schick vielleicht nicht mehr so im Kopf hat, weil es vor seiner Zeit im Bundestag war.

Wir haben mit einer hohen Sensibilität versucht, **Verlustzuweisungsmodelle**

zu vermeiden, und waren in vielen Fällen erfolgreich.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Ich will einfach einmal eine Liste anführen. Medienfonds: Der alte Weg ist verschlossen. Mehrkontenmodell: abgeschafft. Mehrmütterorganschaft: abgeschafft. Wir haben einen Mindesthebesatz eingeführt. Wir haben eine Mindestgewinnbesteuerung. Wir haben die Pflicht zur Bildung von Bewertungseinheiten in der Steuerbilanz. Wir haben Aufzeichnungspflichten bei Verrechnungspreisen deutlich verbessert. Wir haben Sonderausgabenabzüge, zum Beispiel für die Steuerberatung, abgeschafft. Wir haben Beschränkungen bei der Verlustverrechnung eingeführt. All das zwingt die Unternehmen, korrekt zu versteuern.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Die Botschaft, wir würden einen Weg in die falsche Richtung freimachen, ist wirklich sehr unehrlich. Die heutige Pressemitteilung hat mich daher sehr geärgert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Uns alle! – Gegenruf von der LINKEN: Nicht uns alle!)

Dass wir mit den **USA** eine ganz besondere Beziehung haben und dass sie mit der mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, mit Dubai und mit vielen anderen nicht zu vergleichen ist, mögen nur ganz wenige Zahlen belegen. Unser Export in die USA hat eine Größenordnung von etwa 70 Milliarden Euro, der Import aus den USA hat eine Größenordnung von etwa 40 Milliarden Euro. Was die Direktinvestitionen angeht, investieren die US-amerikanischen Unternehmen in Deutschland etwa 80 Milliarden Euro, während deutsche Unternehmen in den USA etwa 140 Milliarden Euro investieren. Ich glaube, jeder erkennt unschwer, dass das eine Sonderstellung ausmacht.

(Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Aber diese Sonderstellung ist gar nicht so ausgeprägt. Wir befinden uns mit vielen anderen Ländern in einem Konkurrenzverhältnis und deshalb müssen wir uns anstrengen,

unsere Steuerpolitik so auszugestalten, dass unsere Unternehmen mit Unternehmen anderer Länder, in denen sie sich ansiedeln wollen, konkurrieren können.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Ich verweise auf Folgendes: Japan, Großbritannien, Holland, Mexiko, die skandinavischen Staaten und Australien haben die gleiche Regelung wie die USA, nämlich den Verzicht auf eine zusätzliche Steuerbelastung im internationalen Austauschverkehr. Von Steueroase ist also weit und breit keine Spur. Darum geht es heute auch überhaupt nicht. Wir müssen sehen, dass der Anlass für diese Reform, für dieses **Doppelbesteuerungsabkommen**, eine in der EU seit 1992 geltende Regelung ist, nämlich, keine Kapitalertragsteuern auf Ausschüttungen an Muttergesellschaften mehr zu erheben.

Für die, die jetzt vielleicht nicht wissen, was ich meine – Gäste in diesem Saal könnte dies ebenfalls interessieren –, will ich wenigstens kurz die Mechanik, um die es geht, erläutern. Wenn eine Muttergesellschaft in Deutschland einen Gewinn erzielt, dann zahlt sie darauf Steuern, nämlich Körperschaftsteuern in Höhe von 25 Prozent. Wenn sie durch ein Tochterunternehmen in den USA einen zusätzlichen Gewinn erzielt, dann muss das Tochterunternehmen in den USA ebenfalls Körperschaftsteuern zahlen, im Zweifelsfall 35 Prozent. So kommen nur 65 Prozent des in den USA erzielten Gewinns in Deutschland an. Die Frage ist, ob man auf diese 65 Prozent in Deutschland ebenfalls eine Kapitalertragsteuer oder eine Körperschaftsteuer erhebt. Unsere Antwort lautet: Wir wollen das nicht; denn das wäre eine echte Doppelbelastung, die wir ausschließen wollen. Ich könnte noch die Feinmechanik erklären.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Gerne!)

Meine Erläuterung war sehr grobschlächtig; aber immerhin ist klar, dass wir eine Doppelbesteuerung vermeiden wollen. Wir glauben, dass die Belastung durch eine zusätzliche Körperschaftsteuer nicht in Ordnung ist. Dieses Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA ist sehr gut, insbesondere weil es symmetrisch ist. Dieses Abkommen gilt nämlich nicht nur für Tochterfirmen deutscher Unternehmen in den USA, sondern auch umgekehrt. Aus Symmetriegründen glauben wir, dass es mit Blick auf die Konkurrenzfähigkeit unserer deutschen Unternehmen klug ist, dieses Abkommen zu schließen.

Wir versprechen uns davon auch eine deutliche Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und Deutschland. Ich glaube, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind. Ich bitte Sie, diesem Abkommen zuzustimmen, mit dem Wissen, dass es vollständig und seriös ausgehandelt wurde.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)